



KANTONSratsPROTOKOLL

Sitzung vom 24. Juni 2019
Kantonsratspräsident Josef Wyss

M 652 Motion Hofer Andreas und Mit. über eine Kantonsinitiative zur Einführung einer wirksamen Kerosinsteuer / Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdepartement

Die Motion M 652 und die Motion M 59 von Priska Wismer-Felder über die Einreichung einer Kantonsinitiative zur Einführung einer CO₂-Abgabe auf Flugtickets werden als Paket behandelt.

Folgende Anträge liegen zur Motion M 652 vor: Der Regierungsrat beantragt Ablehnung. David Roth beantragt teilweise Erheblicherklärung. Andreas Hofer hält an seiner Motion fest. Folgende Anträge liegen zur Motion M 59 vor: Der Regierungsrat beantragt Ablehnung. David Roth beantragt teilweise Erheblicherklärung. Priska Wismer hält an ihrer Motion fest.

David Roth: Die SP unterstützt die Einführung einer Kerosinsteuer. Es geht uns dabei um eine gewisse Gerechtigkeit und auch darum, dass eine Massnahme wie die geplante Kerosinsteuer nicht dazu führt, dass die finanziell Schwächsten am meisten dazu beitragen müssen. Aus diesem Grund beantrage ich, dass der Ertrag nicht nur zur Förderung des Energiewandels eingesetzt wird, sondern auch – wie im bereits existierenden klassischen Konzept mit der Rückvergütung der CO₂-Abgabe – zur Verbilligung der Krankenkassenprämien. Dieses bereits existierende Instrument soll genutzt werden, um eine gewisse Rückverteilung zu erzielen. Sie werden sich fragen, was Kerosin damit zu tun hat. Es hat genau gleich viel damit zu tun wie die anderen Rückvergütungen, die bereits über die CO₂-Abgabe erfolgen. Die Bevölkerung steht nur dann hinter einer zukunftsfähigen Klimapolitik, wenn sie in den nächsten Jahren keinen existenziellen Schaden wirtschaftlicher Natur davonträgt. Ich bitte Sie, der teilweisen Erheblicherklärung der beiden Motionen zuzustimmen.

Andreas Hofer: Wann sind Sie zum letzten Mal geflogen? Ich bin letzten Herbst nach Island geflogen und hatte deshalb kein schlechtes Gewissen, weil ich davor über zehn Jahre nicht mehr mit dem Flieger verreist bin. Die Grünen wissen, dass sie das Rad nicht gänzlich zurückdrehen können, geflogen wird auch in Zukunft. Das soll aber in einem verträglichen und vernünftigen Mass geschehen. Es stimmt etwas nicht, wenn ein Flugticket von Zürich nach London 22 Franken kostet, aber der Zug von Sursee nach Zürich fast doppelt so teuer ist. Es ist daneben, dass man für 288 Franken für ein Wochenende nach New York oder für 45 Franken nach Berlin fliegen kann. In der Schweiz ist das Fliegen für fast 20 Prozent der CO₂-Emissionen verantwortlich. Dieser Anteil wird in Zukunft massiv zunehmen. Die durchschnittliche Anzahl Flugreisen pro Person ist in der Schweiz innerhalb der letzten sechs Jahre um 43 Prozent gestiegen, hauptsächlich für Ferien und Freizeit. Ein Schweizer fliegt pro Jahr durchschnittlich 9000 Kilometer. Das sind 57 Prozent mehr als noch vor zehn Jahren und doppelt so viel, wie unsere Nachbarn fliegen. Die drei Flughäfen Zürich, Basel und Genf haben letztes Jahr 472 000 Starts und Landungen durchgeführt und fast 58 Millionen Passagiere befördert. Bis 2030 sollen es sogar 80 Millionen Passagiere sein. In

unserem neuen Energiegesetz streben wir eine 2000-Watt-Gesellschaft und eine 1-t-CO₂-Gesellschaft an. Mit einem Flug von Zürich nach Kairo wird der klimaverträgliche CO₂-Jahresausstoss von 1 Tonne bereits erreicht. Ich bitte Sie, die beiden Motionen M 652 und M 59 erheblich zu erklären. Wir sind uns bewusst, dass die Einführung einer Kerosinsteuer nicht ganz einfach ist, weil auch internationale Verträge davon betroffen sind und die Schweiz in dieser Sache nicht allein vorgehen kann. Eine Flugticketbesteuerung, wie sie die Motion M 59 verlangt, ist ebenfalls ein Schritt in die richtige Richtung. Aber ich wage zu bezweifeln, ob eine geringe CO₂-Steuer eine Lenkung erzielen kann. Beide Motionen haben zum Ziel, das Fliegen zu verteuern und dadurch solche klimaschädlichen Billigtickets zu verhindern. Die Regierung kann die beiden Motionen zusammenfassen und eine Kantonsinitiative einreichen, die verlangt, das Fliegen so zu verteuern, dass keine negativen Billigauswüchse mehr möglich sind.

Priska Wismer-Felder: Beide Motionen verfolgen das gleiche Ziel. Das Fliegen ist viel zu günstig. Es darf nicht sein, dass die Reise mit dem Zug zum Flughafen teurer ist als der Flug selber. Der Unterschied der beiden Motionen liegt bei den Abgaben, nämlich der Kerosinsteuer und der CO₂-Abgabe auf Flugtickets. Die Kerosinbesteuerung muss von den Unternehmen berappt werden, und es obliegt ihnen die Hoheit, wie sie diese Steuer an ihre Kunden weitergeben. Die Kerosinbesteuerung ist mittels internationalen Verträgen geregelt, sodass die Schweiz diese nicht isoliert anpassen kann, und die Einführung ist ungleich schwieriger als die einer Ticketbesteuerung. Die Flugticketabgabe fällt bei jedem Fluggast an. Wenn diese sinnvollerweise an die Höhe der berechneten CO₂-Abgabe gekoppelt wird, ist sie je nach Fluglänge unterschiedlich teuer. Die Forderung nach einer Ticketabgabe ist kein neues Anliegen, sondern kann dem Klimapapier der CVP Schweiz entnommen werden. Auch andere Parteien haben sich schon zu einer solchen Abgabe bekannt. Die Regierung schreibt in ihrer Stellungnahme, dass dieses Anliegen in Bundesbern angekommen sei und so oder so behandelt werde. Das ist korrekt. Das Abstimmungsresultat vom letzten Dezember im Nationalrat hat aber gezeigt, dass das Bewusstsein scheinbar noch nicht überall vorhanden ist. Mit einer Standesinitiative erhöhen wir bei der weiteren Beratung des CO₂-Gesetzes den Druck, die Flugticketbesteuerung endlich einzuführen. Was im letzten Dezember passiert ist, darf sich nicht wiederholen. Es liegt an uns, ein Zeichen aus dem Kanton Luzern nach Bern zu senden. Die CVP-Fraktion lehnt die Motion M 652 ab, weil die Kerosinbesteuerung viel schwieriger zu realisieren ist und nicht nur von der Schweiz abhängig ist. Wir wehren uns aber nicht generell gegen eine solche Besteuerung. Ich bitte Sie, die Motion M 652 abzulehnen und der Motion M 59 zuzustimmen.

Roland Fischer: Die GLP unterstützt eine Kantonsinitiative zur Einführung einer wirksamen CO₂-Besteuerung. Wir setzen uns generell für Lenkungsabgaben ein. Da der Flugverkehr grosse CO₂-Emissionen verursacht, gehen die beiden Motionen eindeutig in die richtige Richtung. Wir sind uns bewusst, dass die Kerosinsteuer und der Flugverkehr generell in der Kompetenz des Bundes liegen und wir mit einer Kantonsinitiative nicht bei allen Mitgliedern des nationalen Parlaments Freude auslösen. Gleichwohl kann es nicht schaden, wenn der Kanton Luzern ein entsprechendes Signal nach Bern sendet. Wir vermissen bei beiden Vorstössen die Frage der Rückverteilung. Uns ist es wichtig, dass die CO₂-Abgaben mit einer Lenkungswirkung vollumfänglich an die Bevölkerung zurückverteilt werden. Nur so ist diese Abgabe auch sozial. Werden die Mittel für andere Zwecke eingesetzt, werden zwangsläufig tiefere Einkommen belastet. Mit einer proportionalen Pro-Kopf-Rückverteilung kann ein sozialer Ausgleich sichergestellt werden. Es ist erwiesen, dass Personen mit einem höheren Einkommen mehr konsumieren und mehr Treibstoff verbrauchen. Aus diesen Gründen stimmen wir der teilweisen Erheblicherklärung der beiden Motionen zu.

Pius Müller: Die SVP-Fraktion lehnt die beiden Motionen ab. Die SVP empfindet die gesamte Klimadiskussion generell als Wohlstandsdebatte. Panik hilft nicht, Notstände noch weniger. Ein rationaler Mensch sollte nicht auf jemanden hören, der zur Panik aufruft, vielmehr sollte er demjenigen helfen, der in Panik geraten ist. Gerade wenn das weltweite Klima ein Problem ist, sind nationale Lösungen gefragt. Nicht allen in der Schweiz geht es so

gut wie denjenigen, die die politischen Entscheide treffen. Mit Paris hat sich die Schweiz verpflichtet, ihren CO₂-Ausstoss bis 2030 um die Hälfte zu reduzieren. Dazu steht die SVP, auch wir müssen unseren Beitrag leisten. Darüber hinaus plädieren wir aber für mehr Sachlichkeit und weniger Klimahysterie. Immerhin steht die Schweiz weltweit an der Spitze, was das Verhältnis des CO₂-Ausstosses zum Bruttoinlandprodukt angeht. Eine Verteuerung der in der Schweiz verkauften Flugtickets bringt keinerlei Nutzen für das Klima. Das Bundesamt für Umwelt hat vorgerechnet, dass ein Ticket nach Paris 12 Franken mehr und eines nach London 21 Franken mehr kosten sollten, wenn man die Umweltkosten vollständig einrechnet. Deswegen wird niemand sein Flugverhalten ändern. Eine solche Abgabe könnte zudem nur auf Schweizer Boden eingeführt werden und würde demnach die Flughäfen Zürich, Genf und andere in der Schweiz treffen, nicht aber den EuroAirport Basel Mulhouse, wo der grösste regionale Kurzstreckenanbieter hauptsächlich startet und landet. Zur Erreichung der Klimaziele lehnt die SVP-Fraktion alle Massnahmen ab, welche die Produktivität einschränken. Klimaschutz ist wichtig und betrifft die kommenden Generationen. Gerade deshalb braucht es vernünftige, anreizbasierte und wirtschaftsverträgliche Massnahmen, wenn in diesem Bereich nachhaltige Erfolge erzielt werden sollen.

Franz Gisler: Was passiert, wenn ich ein Flugticket bei einem deutschen Reiseanbieter kaufe, aber von Zürich aus fliege? Wie wird ein solches Flugticket besteuert?

Georg Dubach: Die Mobilität auf der Strasse, der Schiene und in der Luft ist Teil der individuellen Freiheit und somit Ausdruck des Wohlstands und wichtiger Bestandteil unseres Alltags. Wer das Flugzeug wählt, muss wissen, wie viel CO₂ er durch seine Flugreise mitverursacht. Die FDP fordert auf nationaler Ebene, dass diese Werte für den Endkonsumenten ersichtlich sein müssen. Weiter fordert die FDP Schweiz – entsprechend den beiden vorliegenden Motionen – die Einführung einer CO₂-Abgabe auf Flugtickets oder Kerosin. Dieses Anliegen kann nur auf nationaler beziehungsweise im Verbund auf internationaler Ebene sinnvoll angegangen werden. Wir teilen die Meinung, dass sich der Bund für eine nationale, koordinierte Besteuerung von Kerosin einsetzen soll. Mit den vorliegenden Motionen wird die Flughöhe unseres Parlaments verkannt. Wir erachten die Vorgehensweise mit einer Kantonsinitiative als nicht zielführend. Stattdessen fordern wir alle Fraktionen dazu auf, mit ihren eidgenössischen Parlamentariern in Kontakt zu treten, um sich auf nationaler Ebene für eine CO₂-Abgabe auf Flugtickets zu engagieren. Dementsprechend lehnen wir die beiden Motionen ab.

Marcel Budmiger: Nicht alle können es sich leisten zu fliegen. Gerade diese Personen könnten sich aber durch eine sozialverträgliche Rückverteilung der CO₂-Abgabe etwas mehr leisten. Die Vielflieger müssten mehr bezahlen, und diejenigen, die nicht fliegen, hätten mehr Geld zur Verfügung, um ins lokale Gewerbe zu investieren. Schlussendlich würden alle davon profitieren. Ich bitte Sie, der teilweisen Erheblicherklärung der beiden Motionen zuzustimmen.

Für den Regierungsrat spricht Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdirektor Robert Küng.

Robert Küng: Die Regierung lehnt beide Motionen ab. In meinem Eintretensvotum habe ich Sie gebeten, das Schwergewicht auf solche Massnahmen zu legen, die der Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen entsprechen. Nicht einmal der Bund selber ist in der Lage, die Forderungen der Motionen umzusetzen, sondern er ist dabei auf internationale Verträge angewiesen. Ich habe bereits Erfahrungen mit dem Vertreten von Kantonsinitiativen in Bern gemacht und ich möchte meinen Kollegen eine weitere solche Erfahrung ersparen. Eine Kantonsinitiative erzielt keinen Mehrwehrt. In Bern wartet man nicht auf solche Kantonsinitiativen, und die Diskussion über CO₂-Abgaben ist sowohl im Nationalrat als auch im Ständerat bereits im Gang. Wir können davon ausgehen, dass die Sensibilisierung der Bevölkerung auch durch den Bund erfolgen wird, und uns daher auf Massnahmen konzentrieren, die in unserer Verantwortung liegen.

In einer Eventualabstimmung zieht der Rat die teilweise Erheblicherklärung der Erheblicherklärung mit 92 zu 16 Stimmen vor. In der definitiven Abstimmung lehnt der Rat die Motion M 652 mit 69 zu 40 Stimmen ab.